ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Will, Gerhard

Research Report

Thailand vor schwierigen Herausforderungen: Der Rücktritt von Ministerpräsident Thaksin läßt wichtige Fragen offen

SWP-Aktuell, No. 25/2006

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Will, Gerhard (2006) : Thailand vor schwierigen Herausforderungen: Der Rücktritt von Ministerpräsident Thaksin läßt wichtige Fragen offen, SWP-Aktuell, No. 25/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254614

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Thailand vor schwierigen Herausforderungen

Der Rücktritt von Ministerpräsident Thaksin lässt wichtige Fragen offen

Gerhard Will

Die politische Debatte in Thailand ist noch immer auf den am 4. April zurückgetretenen Ministerpräsidenten Thaksin fixiert. Mit seinem erzwungenen Rücktritt, der Annullierung der am 2. April durchgeführten Wahlen und der Anberaumung von Neuwahlen hat die Opposition einen wichtigen Etappensieg errungen. Dabei sind eine Reihe grundlegender Probleme völlig in den Hintergrund getreten: etwa die Reform der Verfassung, die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den südlichen Grenzprovinzen, schwerwiegende wirtschaftliche Umstrukturierungsprobleme und Thailands geschwächte außenpolitische Position. Weder die Regierung noch die Opposition haben sich eingehend mit diesen Problemen auseinandergesetzt, deren Bewältigung für die zukünftige Entwicklung Thailands von entscheidender Bedeutung ist.

Thailand hat während der vergangenen vier Monate eine äußerst stürmische politische Entwicklung durchgemacht. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand der seit 2001 amtierende Ministerpräsident Thaksin Shinawatra. Ihm war es als erstem Ministerpräsidenten Thailands gelungen, nicht nur über eine gesamte Legislaturperiode hinweg sein Amt auszuüben, sondern diese Position bei den Wahlen im Februar 2005 auch erfolgreich zu verteidigen und sich mit 75% aller Sitze eine komfortable Parlamentsmehrheit zu sichern. Nur ein Jahr nach diesem grandiosen Wahlsieg sah sich Thaksin in wöchentlichen Abständen mit Massendemonstrationen konfrontiert, bei denen bis zu 200 000 Personen durch die Straßen Bangkoks zogen und seine Absetzung forderten. Viele, die noch vor einem Jahr für ihn votiert hatten, schlugen sich nun auf die Seite seiner Kritiker, die Thaksin schon seit geraumer Zeit vorgeworfen hatten, dass er sein Amt zur persönlichen Bereicherung missbraucht und wichtige Verfassungsprinzipien außer Kraft gesetzt habe, um seine Kritiker mundtot zu machen.

Auch die von ihm auf den 2. April angesetzten Neuwahlen wirkten, anders als erhofft, nicht als Befreiungsschlag. Thaksins Partei, die »Thai Rak Thai« (Thais lieben Thais – TRT), gewann zwar die Wahlen, aber statt der neunzehn Millionen Stimmen, die sie im Februar 2005 erhalten hatte, bekam

sie nur noch sechzehn Millionen. Zudem hatte sich keine der maßgeblichen Oppositionsparteien beteiligt. Zehn Millionen Wähler hatten auf ihrem Wahlschein »Enthaltung« angekreuzt, rund eine Million ihren Stimmzettel mit Anti-Thaksin-Parolen ungültig gemacht.

Hatte der amtierende Ministerpräsident in dem Wahlergebnis zunächst noch eine Bestätigung seines Kurses und eine Legitimation seiner Amtsführung gesehen, erklärte er am 4. April nach einer Audienz beim König seinen Rücktritt und die Bereitschaft seiner Regierung, die Amtsgeschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Obwohl über den Inhalt der Gespräche während der Audienz nichts verlautbart wurde, nehmen die meisten Beobachter an, dass der Monarch Thaksin den Rücktritt nahegelegt hat.

Die Auseinandersetzungen über die Rechtmäßigkeit der April-Wahlen beendete Thailands Verfassungsgerichtshof am 10. Mai mit einem 54 Seiten starken Urteil, das die Wahlen für ungültig erklärte und Neuwahlen anordnete. Der oberste Gerichtshof und der oberste Verwaltungsgerichtshof bekundeten ihre Zustimmung zu diesem Urteil. Als Termin für die Neuwahlen hat die staatliche Wahlkommission den 22. Oktober genannt. Dieser Termin muss allerdings noch durch die obersten Gerichte bestätigt und durch ein königliches Dekret verkündet werden. Die Opposition hat indes bereits zugesichert, dass sie sich an diesen Wahlen beteiligen werde.

Personalisierung der politischen Diskussion

Die Debatten, die diese Ereignisse begleiteten, waren mit großer Leidenschaft geführt worden. Das »Für« oder »Gegen« Thaksin markierte die Frontlinie. Wie kaum ein anderer thailändischer Politiker hatte er es verstanden, höchst unterschiedliche Gruppierungen zusammenzuführen und nicht nur die Unterstützung der Landbevölkerung gerade der ärmeren Gebiete im Norden und Nordosten des Landes, sondern auch vieler Angehöriger der städtischen Mittel- und Oberschichten zu gewinnen. Die von ihm geschaffene Volkspartei war ein Novum in der zersplitterten Parteienlandschaft Thailands. Im Laufe der Zeit musste er erleben, dass selbst ehemals enge Weggefährten wie der Medientycoon Sondhi Limthongkul oder sein politischer Ziehvater Chamlong Srimuang – der frühere Bürgermeister von Bangkok – von ihm abwandten und in das Lager der im Februar 2006 gegründeten »People's Alliance for Democracy« (PAD) wechselten.

Bei der schnell wachsenden PAD handelt es sich ebenfalls um ein sehr heterogenes Bündnis, in dem konservative Kräfte, die zum Teil dem Königshaus sehr nahe stehen, ebenso vertreten sind wie Kleinunternehmer, Intellektuelle, Gewerkschafter sowie Freihandels- und Globalisierungsgegner. Allein in der gemeinsamen Gegnerschaft zu Thaksin haben sie ihre gemeinsamen Plattform gefunden. Die Aufdeckung von Korruptionsvergehen und Fällen der Veruntreuung von Staatsgeldern, in die der Ministerpräsident, seine Familienangehörigen und Freunde verwickelt waren, beanspruchte viel Zeit und Energie der Thaksin-Gegner, aber sie stärkte auch ihren Zusammenhalt und bescherte der PAD weiteren Zulauf.

Die von der Opposition ans Licht gebrachten Fälle von Missbrauch der Staatsmacht mit dem Ziel persönlicher Bereicherung stellen ebenso wie die weiter um sich greifende Korruption zweifellos schwerwiegende Hindernisse auf dem Entwicklungsweg Thailands von einem Schwellenland zu einem modernen Industriestaat dar. Aber auf diesem Weg sind auch noch andere, kaum weniger gravierende Hürden zu bewältigen. Die Koalition der Thaksin-Gegner wird erst noch zeigen müssen, ob sie in der Lage ist, tragfähige Strategien für deren Überwindung zu formulieren und den notwenigen gesellschaftlichen und politischen Konsens für die Durchsetzung dieser Strategien zu erzeugen. Höchst unterschiedliche Fragen warten hier auf eine Antwort.

Verfassungsänderungen

Neben Neuwahlen hatten Thaksins Gegner einschneidende Veränderungen der Verfassung gefordert, die 1997 als Krönung des demokratischen Reformprozesses verabschiedet und gefeiert worden war. Um die Exekutive von allzu leicht manipulierbaren Mehrheitsverhältnissen im Parlament unabhängiger zu machen, war das Amt des Ministerpräsidenten mit umfangreichen Machtbefugnissen ausgestattet worden. Als Gegengewicht war eine Reihe neuer Institutionen – darunter die Wahlkommission und die Korruptionsbekämpfungskommission – geschaffen worden, denen die Verfassung klar umrissene Aufgaben und entsprechende Vollmachten zuwies. Auch die Judikative erhielt ein größeres Gewicht. Fortan sollten ein oberster Gerichtshof, ein oberstes Verwaltungsgericht und ein Verfassungsgericht die Einhaltung der Verfassungsprinzipien und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewährleisten.

Thaksin hatte den erweiterten Handlungsspielraum seines Amtes konsequent genutzt, die ihm gesetzten Grenzen aber auch mehrfach überdehnt. Darüber hinaus war es ihm gelungen, einer wachsenden Zahl seiner Anhänger Sitz und Stimme in den eben genannten Institutionen zu verschaffen und dadurch deren Kontrollfunktion mehr und mehr einzuschränken. Kritik an derartigen Eingriffen wies er stets mit dem Hinweis auf seine überwältigende Unterstützung durch die Wähler zurück.

So deutlich die Mängel der Verfassung von 1997 zutage getreten sind, so unzureichend sind die Änderungsvorschläge, die bislang diskutiert wurden. Die Opposition hat allzu lange auf ein Eingreifen des Königs gesetzt und mit kaum verhohlener Deutlichkeit gefordert, er möge von den ihm nach Artikel 7 der Verfassung zustehenden Vollmachten Gebrauch machen und gleichsam als »deus ex machina« die Krise durch die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten lösen. Mit ebenso kaum verhohlener Deutlichkeit hat der Monarch in einer Rede am 26. April ein derartiges Ansinnen zurückgewiesen. Obwohl er den Ablauf der April-Wahlen für nicht verfassungskonform halte, sei es nicht seine Aufgabe, sondern die der Obersten Gerichte, dies festzustellen und einen Weg aus der aktuellen Krise zu weisen. Mit ihrem Urteilsspruch vom 10. Mai ist das Verfassungsgericht diesem Auftrag nachgekommen.

Doch auf Dauer wird man nicht umhinkommen, in der Verfassung die Kompetenzen klar abzugrenzen und Verfahrensregeln festzulegen, mit denen sich derartige Situationen auch ohne ein Machtwort aus dem Palast meistern lassen. Ebenso müssen auch jene Artikel überarbeitet bzw. neu gefasst werden, die sich als wenig geeignet erwiesen haben, grundlegenden Verfassungsprinzipien Geltung zu verschaffen, wie zum Beispiel dem der Gewaltenteilung.

Dies ist ohne Zweifel eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die juristische Detailarbeit ebenso erfordert wie politisches Geschick. Zumal wenn die maßgeblichen Akteure in Thailand weiterhin an dem hohen Anspruch festhalten, dass die Verfassung einerseits das sakrosankte Symbol der Einheit der Nation darstellen, gleichzeitig aber auch Instrumente und Regelungsmechanismen für die Bewältigung aller politischen Krisen und Eventualitäten bereithalten und nicht zuletzt eine praktikable Antwort auf die Frage geben soll, wie ökonomische Macht durch politisch legitimierte Macht kontrolliert und letztere gegen Missbrauch geschützt werden kann.

Der Konflikt im Süden

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den muslimisch geprägten Südprovinzen sind angesichts der politischen Turbulenzen in der Hauptstadt völlig in den Hintergrund getreten. Dabei kommt es nach wie vor beinahe täglich zu Attentaten auf Personen, die in irgendeiner Form – sei es als Polizisten, Verwaltungsbeamte oder auch Lehrer – den thailändischen Staat repräsen-

tieren. Umgekehrt sind willkürliche Verhaftungen, schwere Misshandlungen und ungeklärte Todesfälle inhaftierter Personen an der Tagesordnung, die die thailändischen Sicherheitskräfte für Attentate verantwortlich machen.

Thaksin hatte seinen Amtsvorgängern vorgeworfen, vor den islamistischen Entwicklungen im Süden allzu lange die Augen verschlossen zu haben. Dadurch seien terroristischen Kräften neue Spielräume und Rückzugsgebiete eröffnet worden, die sie konsequent genutzt hätten. Um seine Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit auch in dieser Problematik unter Beweis zu stellen, hatte der Ministerpräsident eine große Zahl an Polizeikräften aus anderen Landesteilen in die Südprovinzen entsandt und ihnen weitgehende Handlungsfreiheit zugesichert. Dieser forcierte Einsatz staatlicher Machtmittel in einem quasi rechtsfreien Raum trieb die Spirale der Gewalt an und beschleunigte die Eskalation des Konflikts.

Von vielen Thais wurde diese Politik gutgeheißen, da sie eine auf Dialog und Kompromiss basierende Strategie als Ausdruck unverantwortlicher Schwäche betrachteten, die weiteren Gewaltakten Vorschub leisten würde. Eine eigens einberufene Versöhnungskommission, die Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktbeilegung ausloten sollte, hatte daher weder die notwendige Rückendeckung und Unterstützung der Regierung noch von weiten Kreisen der Bevölkerung. Ihre Arbeit hatte denn auch kaum Einfluss auf die Politik und lief schließlich ins Leere.

Eine tragfähige Alternative zu der bisherigen Politik setzt zunächst einmal Verständnis für die Lebensumstände der Bevölkerung im Süden und Kenntnis jener lokalen Strukturen voraus, die für einen gewaltfreien Dialog zur Verfügung stehen. Zum zweiten dürfen die dort lebenden Menschen nicht weiter isoliert werden. Stattdessen muss ihnen Schutz vor Übergriffen der staatlichen Organe wie vor Vereinnahmungen durch muslimisch sich legitimierende Gewalttäter geboten werden, damit sie überhaupt in die Lage kommen, an konkreten Konfliktlösungen mitzuwirken. Auf absehbare Zeit wird man sich wohl mit schwierigen und fragilen Aushandlungsprozessen zufriedengeben müssen, die nur langsam stabilisiert werden können.

Eine nachhaltige Befriedung der Südprovinzen wird letztlich nur dann zu erreichen sein, wenn sich in der thailändischen Bevölkerung ein Verständnis von Pluralismus oder gar eine Akzeptanz ethnischer und religiöser Heterogenität herausbildet, die an die Wurzeln des bislang geltenden nationalen Selbstverständnisses rührt. Denn auch unter den Thaksin-Gegnern dürfte es nicht wenige geben, die mit großer Selbstverständlichkeit davon überzeugt sind, dass Thailand sich allein über die Kultur und Religion der Thais definiert. Andere Religionen sind allenfalls geduldet, haben aber keinen wirklich gleichberechtigten Platz in diesem Staatswesen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Dieses nationale Selbstverständnis war in den letzten vierzig Jahren nicht zuletzt durch eine florierende Wirtschaft bestärkt worden. Motor des Wirtschaftswachstums war lange Zeit ein starker Staat, der sich bewusst auf den Ausbau eines industriellen Sektors in den städtischen Zentren und vor allem im Großraum Bangkok konzentrierte. Im Laufe dieser Entwicklung bildeten sich eine Reihe von Ungleichgewichten und Gegensätzen heraus, die sich nicht zuletzt in der Regierungszeit Thaksins verschärft haben.

Eine Schere hat sich aufgetan zwischen Arm und Reich, zwischen den traditionellen Eliten in Militär und Verwaltung einerseits und jener Unternehmerschicht andererseits, die nach der Asienkrise schnell zu neuem Reichtum gelangte und sich politischen Einfluss sicherte, indem sie durch den Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel Wahlen zugunsten der Vertreter ihrer Interessen entscheiden konn-

ten. Die städtischen Mittelschichten, denen die politischen Veränderungen der neunziger Jahre und nicht zuletzt die Verfassung von 1997 zu verdanken sind, profitierten hingegen in weit geringerem Maße vom wirtschaftlichen Wiederaufstieg nach der Asienkrise.

Landwirtschaft

Die Mehrheit der Thais – nämlich jene 60%, die von der Landwirtschaft leben – bekam allenfalls marginale Anteile an dem neu entstandenen Reichtum. Während sich in einigen Sektoren, zum Beispiel in der Shrimps-Aufzucht, eine Reihe von Großbetrieben herausbildeten, die sich überaus erfolgreich auf internationalen Märkten etablieren konnten, verschlechterten sich die Lebensumstände vieler Kleinbauern, die weder über genügend Land noch über genügend Investitionskapital verfügen, um effizient produzieren zu können.

Thaksin war sich dieser Gegensätze und vor allem des Stadt-Land-Gefälles sehr wohl bewusst und versuchte den daraus erwachsenden Unmut nach Kräften zu instrumentalisieren. Seine zentralen Wahlversprechen richteten sich an die Landbevölkerung, die von den anderen Parteien lange Zeit vernachlässigt worden war. Den Bauern wurde ein Schuldenmoratorium in Aussicht gestellt und die Möglichkeit geboten, sich für 30 Baht (0,75 Euro) pro Krankenhausbesuch medizinisch behandeln zu lassen. Für die ländlichen Kleinunternehmen sollte ein neues Kreditprogramm aufgelegt werden, aus dem jeder Landkreis (Tambon) eine Million Baht erhalten sollte, um ein für diesen Kreis spezifisches Produkt zu entwickeln und zu vermarkten.

Nach dem Wahlsieg der TRT wurden beträchtliche Mittel eingesetzt, um diese Versprechen einzulösen. Doch mit dem Geld, das in die ländlichen Gebiete floss, wurden keine neuen Strukturen errichtet, sondern alte am Leben erhalten. Verständlicherweise empfanden viele Bauernfamilien das Schuldenmoratorium als sehr hilfreich, da es ihnen Erleichterung verschaffte. Aber das Moratorium erschloss ihnen keine neuen, ertragreicheren Einkommensquellen. Auch das Kreditprogramm für die ländliche Entwicklung brachte nicht die anvisierte »neue Klasse von Unternehmern« hervor. Die Mittel verschwanden großenteils in den Taschen der lokalen Verwaltung.

Zwar propagierte der Ministerpräsident unermüdlich und mit großem Aufwand neue Ideen für ländliche Entwicklungsprojekte, so zum Beispiel die Kultivierung von Palmölpflanzen. Aber die meisten Projekte erwiesen sich als Fehlschlag, nicht zuletzt deshalb, weil für deren Umsetzung neue und innovative Agenturen erforderlich gewesen wären, die nicht in die bestehenden Patronage- und Abhängigkeitsverhältnisse eingebunden sind. Den Aufbau solch neuer Organisationsstrukturen hat die TRT jedoch niemals in Angriff genommen. Trotz aller zusätzlichen Hilfen aus Bangkok sind daher einige Bereiche der thailändischen Landwirtschaft in Produktion wie Weiterverarbeitung der Konkurrenz aus China und Vietnam immer weniger gewachsen.

Industrie und Dienstleistungen

In der Industrie und bei den Dienstleistungen wurden in den ersten Jahren der Amtszeit Thaksins exorbitante Zuwachsraten erzielt. Sie beruhten zum einen auf einer kontinuierlichen Steigerung der Exporte, zum anderen auf einer wachsenden Binnennachfrage, die durch großzügige Kreditprogramme stimuliert wurde.

Während der vergangenen drei Jahre gingen die Zuwachsraten allerdings als Folge eines deutlichen Nachlassens der Binnennachfrage spürbar zurück. Ursache für dieses Nachlassen war die Tatsache, dass in den vorangegangenen Jahren viele lang gehegte Konsumentenwünsche erfüllt worden sind und sich die durchschnittliche Verschuldung einer thailändischen Familie von 60 000 Baht im Jahr 2001 auf 140 000 Baht im Jahr 2004 erhöht hatte. Darüber hinaus spielten weitere Faktoren wie stei-

gende Ölpreise, die epidemieartige Ausbreitung der Vogelgrippe und die Auswirkungen des Tsunami eine dämpfende Rolle.

Mit einem umfangreichen staatlichen Investitionsprogramm sollen die entstandenen Nachfragedefizite ausgeglichen werden. Neben Mega-Projekten, wie zum Beispiel der Bau eines internationalen Großflughafens oder die Errichtung einer neuen Satellitenstadt unweit von Bangkok, die mehr auf Außenwirkung abzielen als dass sie Gesetzen ökonomischer Rationalität folgten, sind auch umfangreiche Investitionen in den Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes und der Infrastruktur vor allem im Bereich der Energieversorgung vorgesehen.

Wirtschaftsexperten bezweifeln indes, dass es in einer Phase geringeren Wirtschaftswachstums möglich sein wird, die geplanten Investitionssummen bereitzustellen: allein für die Verbesserung der Infrastruktur sind in den Jahren 2006 bis 2009 43 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Ausländische Investoren werden für solche Projekte nur zu gewinnen sein, wenn ihnen besondere Anreize bzw. finanzielle Vorteile geboten werden, die letztlich auch wieder vom thailändischen Steuerzahler aufgebracht werden müssen.

Noch schwerer wiegt sicherlich der Einwand mancher Experten, dass für die Bereiche Bildung, Entwicklung und Forschung, aber auch medizinische Versorgung viel zu geringe Summen veranschlagt worden sind. Der Anspruch auf einen Arztbesuch für 30 Baht besteht vielfach nur auf dem Papier, da die Krankenhäuser diese Dienstleistungen ohne zusätzliche Mittel gar nicht oder nur sehr unzureichend gewähren können. Bei einer Befragung vor zwei Jahren äußerten thailändische Unternehmer aus den verschiedensten Branchen, dass sie den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften sowie eine in großen Teilen veraltete Technologie als größte Hindernisse für weiteres Wachstum und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft ansehen. Aber nur mit anspruchsvolleren Produkten, die eine höhere Wertschöpfung aufweisen, wird sich Thailand gegen die Konkurrenz aus China und Vietnam behaupten können, die diese Herausforderung sehr offensiv angehen.

Thailands regionale und internationale Position

In vollmundigen Erklärungen beteuerte die TRT, sie werde dem Land wieder zu einem regionalen und internationalen Gewicht verhelfen, das seiner Größe und seinem wirtschaftlichen Gewicht entspricht. In der Realität kam Thailand in seinem Aufwärtsstreben nicht voran und musste in seiner Außenpolitik in den vergangenen Jahren empfindliche Rückschläge hinnehmen.

Die diplomatischen Initiativen gegenüber Birma blieben ergebnislos. Eine in Bangkok ausgearbeitete »road map«, die dem Nachbarland den Weg zur demokratischen Transformation und Reintegration in die internationale Gemeinschaft abstecken sollte, wurde von den Machthabern in Rangoon wie auch von den anderen Asean-Partnern schlicht ignoriert. Dagegen haben sich die Spannungen im thailändisch-birmanischen Grenzgebiet in jüngster Zeit erneut verschärft. Immer wieder greifen Auseinandersetzungen zwischen birmanischen Regierungstruppen und der für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Karen auf thailändisches Territorium über.

Die Eskalation des Konflikts mit den Muslimen in den Südprovinzen hätte beinahe einen offenen Konflikt zwischen Bangkok und Kuala Lumpur hervorgerufen, der nur mit großem diplomatischem Aufwand abgewendet werden konnte. Thailands Ansehen in Malaysia und Indonesien, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Asean-Staaten stellen, wurde in der Folge nachhaltig beschädigt. Entsprechend leichter fiel es der indonesischen Regierung, sich wieder in jener regionalen Führungsrolle zu profilieren, die sie bis 1997 relativ unangefochten innegehabt hatte.

Den regionalen Bedeutungsverlust versuchte Bangkok durch eine Verbesserung

der Beziehungen zu den USA, Japan und der Volksrepublik China wettzumachen. Bislang ist dies aber nur im Verhältnis mit der Volksrepublik China gelungen, die sich im Rahmen ihrer Südostasien-Offensive intensiv um Thailand bemüht und im Zuge einer Reihe von Handelsvereinbarungen seinen Markt für thailändische Produkte weit geöffnet hat. Dies bedeutet aber auch umgekehrt, dass sich Thailand der zunehmenden Konkurrenz chinesischer Produkte stellen muss.

Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hatte Thailand bei ihrem Besuch im Juli 2005 als »Major-Non-Nato-Ally« bezeichnet und ausdrücklich seinen Beitrag zum weltweiten Anti-Terror-Kampf gewürdigt. Als Bangkok jedoch internationale Unterstützung zu mobilisieren versuchte, um den früheren Außenminister Surakiart Sathienthai als Kandidat für die Nachfolge von UNO-Generalsekretär Kofi Annan durchzusetzen, signalisierte Washington deutlich sein Desinteresse und äußerte Zweifel an dessen Kompetenz für diese herausragende Position.

Die Verhandlungen über bilaterale Handelsabkommen, die derzeit sowohl mit den USA wie mit Japan geführt werden und sich sehr kompliziert gestalten, haben heftige innenpolitische Kontroversen über die nationalen Interessen Thailands ausgelöst. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, eine Position zu formulieren, die breite Zustimmung in der Bevölkerung findet. Ebensowenig hat die Opposition in dieser Frage bereits zu einem gemeinsamen Nenner gefunden.

Fazit

Thaksin, der sich gerne als »Anti-Politiker« bezeichnete, setzte dem Zaudern, Taktieren und vielfältigen Kompromissen, die er seinen politischen Gegnern anlastete, das Image eines tatkräftigen Reformers entgegen, der gemäß der Maxime der TRT »Think new, act new!« schnell Entscheidungen fällt und umsetzt. Neu war in der Tat sein Politikstil, der Anleihen bei politischen Marketing-Methoden aus den USA machte und die Tatsache verdeckte bzw. verdecken sollte, dass er sich vielfach auch traditioneller Strukturen und Methoden bediente und etliche Probleme nicht oder nur sehr halbherzig in Angriff nahm.

Die Opposition hat mit der gewaltfreien Absetzung Thaksins und der Anberaumung von Neuwahlen ein wichtiges Etappenziel erreicht. Damit steht sie vor einer weiteren Bewährungsprobe, bei der sie ihre politische Standfestigkeit erst noch unter Beweis zu stellen hat. Abgesehen davon, dass sie sich von ihrer Fixierung auf die Person Thaksin lösen muss, muss sie auch Alternativen zu seiner Politik aufzeigen und schlüssige Positionen zu einer Reihe von Fragen entwickeln, auf die die einzelnen PAD-Gruppierungen bislang – soweit sie überhaupt damit befasst waren – sehr unterschiedliche Antworten gegeben haben.

Deutsche und europäische Politik ist sicherlich gut beraten, wenn sie sich weder von Anhängern noch von Gegnern Thaksins vereinnahmen lässt und den bilateralen Dialog auf Fragen fokussiert, die über die derzeit heiß diskutierten Themen der innenpolitischen Debatte hinausweisen. Zentrale europäische Interessen wie etwa die politische Stabilität, wirtschaftliche Prosperität und regionale Integration Thailands werden derzeit durch eine Reihe schwerwiegender Probleme herausgefordert, die weder die EU noch ein anderer externer Akteur wird lösen können.

Die Vermittlung eigener Erfahrungen beispielsweise mit ethnischen Konflikten oder wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen sowie die Bereitstellung spezifischer Expertise etwa im Bereich des Verfassungsrechts könnten jedoch dazu beitragen, einer Lösung der drängenden Probleme näher zu kommen. Denn die Probleme sind ja nicht auf Thailand beschränkt, auch wenn sie stets länderspezifische Besonderheiten aufweisen. Die Frage ist, ob und inwieweit solche Hilfe in Bangkok überhaupt gewünscht und akzeptiert wird.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364